

Über den 3. Anlauf Deutschlands zur Weltmacht



- I. *Skizze zur Stellung des nationalen Gesamtkapitals der BR-Deutschland auf dem Weltmarkt und der damit verbundenen nationalen Politik S. 3 - 10*
- II. *Zum Desaster der deutschen UN-Politik 2004 - 2005
News www.german-foreign-policy.com S. 10 - 17*
- III. *Zusammenstellung von ausgesuchten Frontstellungen des ökonomischen, politischen ...
Kampfes des nationalen Gesamtkapitals der BRD
um die Führung in Europa und darüber hinaus 1. Q 2006
newsletter www.german-foreign-policy.com S. 17 - 28*

Flugschrift zum 1. Mai 2006

Das gesellschaftliche Gesamtkapital - und dessen Unterscheidungen zum Weltmarkt

- **reproduziert sich als Totalität der Verschlungenheit sämtlicher Einzelkapitale** stofflich *und* wertmäßig als *territorial abgegrenzter Wirtschaftskreislauf* und erscheint *verkürzt* als BIP – der Weltmarkt wird dagegen zusammengesetzt durch die territorial gegliederten nationalen Gesamtkapitale – stofflich sicherlich eine eigenständige Qualität, ein Ganzes, das sich jedoch nicht als Weltwirtschaft *eigenständig wertmäßig* reproduziert – sondern in ihrer gegenseitigen Bilanzierung mittels Krisenmechanismen ausgleicht
- **begründet „seinen“ Nationalstaat** materiell und ideologisch und bestimmt nach den Maßgaben der auf seinem Territorium angelegten Kapitalwerte (fixes Kapital – MEW 24, S.168) die vier *Funktionsräume des Staatsapparats* (Infrastruktur, Rechtssphäre, Niederhaltung des Proletariats mit Zuckerbrot und Peitsche, Außenpolitische Absicherung) – hierbei ist es vollständig gleichgültig, ob nun in- oder ausländische Personen den Besitztitel dieser Anlagevermögen innehaben.
- **kennzeichnet sich durch die Tendenz zur Ausgleichung der Profitrate** innerhalb und zwischen den Branchen zu einer *allgemeinen Durchschnittsprofitrate* durch ausgleichende Kapitalbewegungen – die Höhe der Profitrate korreliert in erster Linie mit der **gesamtgemeinschaftlichen Produktivkraft** und keineswegs mit dem Technikstand *einzelner* Fabriken – wogegen diese Tendenz zur Ausgleichung der Profitrate zwischen den Gesamtkapitalen durch die Hemmung der Kapitalbewegungen auf dem Weltmarkt gebremst ist – woraus der Unterschied der Profitratenhöhe der verschiedenen 'nationalen' Gesamtkapitale folgt und ihre gegenseitige Abstoßung voneinander, die sich in der Weltmarktkonkurrenz zum nationalen politischen Gegensatz heraussetzt.
- **schliesst die Kapitalisten erst zu einer nationalen Klasse zusammen** dadurch, dass die Ausgleichung der Profitrate jedem von ihnen auf dem Binnenmarkt pro eingesetztem Kapitalwert gleichhohen (Durchschnitts-)Profit beschert und sie somit antreibt, das Proletariat auf eigenem betrieblichem wie nationalem als auch globalem Territorium zwecks Erhöhung der Profitrate ökonomisch und politisch – wenn es sein muss militärisch – niederzuhalten mittels ihrer Staatsapparate und komplementärer transnationaler Organisationen.
- ----
- **erzeugt jene gesellschaftlichen durchschnittlichen Produktionsbedingungen**, unter denen ein einheitlicher nationalterritorialer Wertbildungsprozess überhaupt erst praktisch wahr wird
- **setzt tagein, tagaus die gesellschaftliche Gesamtarbeit als kombiniertem Arbeitstag gesellschaftlich und betrieblich gegliederter Arbeitsteilung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters in Bewegung**, die ihre absolute Grenze im Umfang und Wachstum der Bevölkerung hat
- **reguliert seine Reproduktion als Allgemeines Gesetz der Akkumulation:** relative Mehrwertproduktion also steigende organische Zusammensetzung c/v und absoluter Größenumfang gehen einher mit Produktion einer zunehmenden relativen Überbevölkerung (industrielle Reservearmee) und somit Ankettung der arbeitenden Klasse ans Kapital.
- ...

„Über die Schmach des Krieges geht die der Menschen,
von ihm nichts mehr wissen zu wollen,
indem sie zwar ertragen, dass er ist, aber nicht, dass er war.“

Karl Kraus

Skizze zur Stellung des nationalen Gesamtkapitals der BR-Deutschland auf dem Weltmarkt und der damit verbundenen nationalen Politiken

Die deutsche Politik sagt zunehmend ungeschminkter, wohin die Reise gehen soll.

INNENPOLITIK

- Nach innen geht es schon seit Kohls Antritt 1981 um den Nachvollzug der Reagan-Thatcher Herabsenkung des Werts der Ware Arbeitskraft von dessen geschichtlich erkämpften relativ hohem Niveau. Das politische Ziel sind Durchschnittslöhne auf niedrigstem Lebenshaltungsniveau – als Überlebenskampf der BRD auf dem Weltmarkt deklariert. Jetzt kann die Politik die günstige Gelegenheit nutzen, die die industrielle Reservearmee von 7 Mill. sowie Abermillionen Unbeschäftigte in östlichen Nachbarländern durch ihren Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt faktisch erzeugen. Die Gesetzgebung des Staatsapparats hinkt dabei der lohndrückerischen Praxis der Bourgeoisie hinterher – working poor soll durch Mindestlöhne, kombiniert mit staatlichen Zuschüssen flankiert werden. Nun greift die Existenzangst im Proletariat auch auf deutschem Territorium um sich – im andauernden Sperrfeuer der so genannten Standortdebatte.

GESELLSCHAFTLICHES GESAMTKAPITAL

- Es ist das **gesellschaftliche Gesamtkapital als Gesamtheit der miteinander verzahnten Einzelkapitale**, das seinen nationalen Standort rigoros nach seinen spezifischen Reproduktionsbedingungen zuzurichten versucht (siehe hierzu vorherige Seite). Die dafür geschaffenen staatlichen Apparate und Politiken gießen die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu Gunsten des Kapitals in Gesetze und Verordnungen zur Senkung des Kostpreises der lohnarbeitenden Klasse.
- Das nationale Gesamtkapital der BRD nutzt die Gunst der Anstiegsphase des jetzigen industriellen Krisenzyklus mit zunehmender Konzentrations- und Zentralisationsdynamik in allen wichtigen Industriebranchen. Mit dem Abbau veralteter industrieller Überkapazitäten und zunehmender Rationalisierungsmaßnahmen wird zugleich die industrielle Reservearmee um weitere Lohnarbeitslosenheere aufgestockt und damit der Druck auf das Lohnniveau wiederum erhöht. Diese Mechanismen müssen begriffen werden als allgemeines Bevölkerungsge setz kapitalistischer Akkumulation. Das zunehmende Überangebot an Arbeitskräften führt durch Verschärfung der Konkurrenz innerhalb der Klasse tendenziell zu Hungerlöhnen. Als Resultat der Konkurrenzbewegung der Einzelkapitale wie der nationalen Gesamtkapitale schrumpft die gesellschaftliche Gesamtarbeitszeit zur Herstellung des Bruttoinlandsprodukt der BRD (BIP 1991 – 1432 Mrd. € in 59,67 Mrd. Stunden, 2004 – 2190 Mrd. € in 56,1 Mrd. Stunden). Die gesteigerte Produktivität der Arbeit bringt eine 1/3 größere Wertmasse mit 2 Mill. weniger Arbeitskräften zustande. In der gesteigerten Produktivität liegt der tatsächliche Grund für die zyklische Aufstockung der Arbeitslosenheere und zunehmenden Lohndruck. Die klassischen Methoden, um der Tendenz der fallenden Profitrate entgegenzuwirken, greifen in dieser historischen Defensive der Arbeiterklasse wirksamer denn je: Erhöhung

der absoluten Mehrwertrate durch Senkung des Existenzgeldes und Arbeitslosengeldes, durch direkte Lohnsenkung, Wegfall von Sonderzahlungen, Rentensenkung, Ausdehnung von Wochen- und Lebensarbeitszeit ohne Lohnausgleich; zugleich Erhöhung der relativen Mehrwertrate durch verschärfte Rationalisierungsmaßnahmen im Zuge kontinuierlicher Umwälzung der technischen Zusammensetzung des Kapitals und einhergehender Rekonstruktion der weltgesellschaftlichen Arbeitsteilung der kapitalschwergewichtigen Industriebranchen.

- Das deutsch nationale Gesamtkapital umfasst mit dem deutschen Territorium einen Binnenmarkt, der viiiiel zu eng ist für die im nationalen Umfang stark gesteigerte Produktivität der Arbeit, dem Kapitaleinsatz pro Arbeitskraft und akkumulierten Größenumfang des Kapitalstocks (Industrie- und Immobilienanlagen). Der erweiterte EU-Binnenmarkt ist jene Marktgröße und -dichte, welche gegenwärtige große Einzelkapitale als Absatzgebiete einer kontinuierlichen industriellen Massenfertigung benötigen. Für immer mehr Warenarten und Sorten – so für die weltweit führende Investitionsgüterindustrie in Deutschland – ist die angemessene Größenordnung der Weltmarkt selbst.
- Das gesellschaftliche Gesamtwarenprodukt (BIP) der BRD weist diesen großen Umfang auf und setzt sich stofflich überproportional aus Produktionsmitteln zusammen, solange die großen deutschen Einzelkapitale einen überproportionalen Anteil (des BIPs) auf dem Weltmarkt platzieren können im Gegensatz zu Japan und den USA mit jeweils großen Binnenmärkten. Die großen deutschen Einzelkapitale können sich nur erweitert reproduzieren durch Anlage industrieller Kapitale in den Ländern der Triade sowie durch Zukauf von Konkurrenten im Zuge des zyklischen Anstiegs des Konzentrations- und Zentralisationsprozesses des Kapitals.

WELTMARKT

- Der Weltmarkt ist die Voraussetzung wie das Resultat des modernen Kapitalismus. Er integriert sämtliche nationale gesellschaftliche Gesamtkapitale mittels der nationalen Politiken aller beteiligten Länder. Die gesellschaftlichen Produktivkräfte drängen durch ihren hohen Entwicklungsstand (allerdings durch die innere Schranke des Kapitals selbst übergreifend gehemmt) über die engen nationalen Grenzen hinweg. Sie reorganisieren die gesellschaftliche sowie die betriebliche Arbeitsteilung der Industriekapitale weltweit auf höherem Niveau technischer Kooperation. Die verschiedenen nationalen Gesamtarbeiter der drei großen Wirtschaftsräume NAFTA EU Japan/Asean reorganisieren das Fabrikssystem als eine multinational lokalisierte synchronisierte zusammenhängende Maschinerie. Diese Tendenz der Angleichung der Produktionsbedingungen innerhalb der Triade wird ihrerseits die Konkurrenz unter den schwergewichtigsten nationalen Gesamtkapitalen = G-7 Mitgliedern um die Anteile am Weltmarkt erheblich verstärken. Das deutsch-nationale Gesamtkapital ist 3. stärkstes der Weltmarktkonkurrenten, vorne weg das vierfach größere der USA und dann Japan mit fast dreifachem Gewicht.
- Die Strategien der nationalen Gesamtkapitale sämtlicher Länder sind auf Absicherung ihrer nationalen Reproduktionsbasis durch Geländegewinn am Weltmarkt und somit gegeneinander gerichtet. Die Besonderheit des deutschen nationalen Gesamtkapitals besteht darin, dass seine Größenordnung und seine Exporterfolge im Zuge seines erfolgreichen EU-Projekts objektiv einen aggressive n Angriff einer ökonomischen Mittelmacht auf die Stellungen der führenden ökonomischen Weltmarktagenten, insbesondere der USA, darstellen – z. Zt. noch als Handelskrieg deklariert.

POLITIKEN

- Die ökonomischen Vorstöße des BRD-Kapitals auf dem Weltmarkt in Form der friedlichen ökonomischen Durchdringung anderer Länder werden seit 1990, mit völkerrechtlicher Wiedererlangung der vollen Souveränität der BRD, zunehmend durch abenteuerliche politische Eskapaden (leichtsinniger Streich) und weltweite militärische Präsenz flankiert. So forcierte die BRD den Zerfall der BR-Jugoslawien nach Kräften durch die frühzeitige einseitige Anerkennung der Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens. Die treibende Rolle der BRD im NATO-Krieg 1999 ist nachzulesen in Matthias Küntzel, 'Der Weg in den Krieg' (2000). Die Durchsetzung der gemeinsamen EURO Währung für die unterschiedlich verwertungsfähigen (=profitablen) Gesamtkapitale der europäischen Länder ist die Steigerung jenes ökonomisch-politischen Eskapismus, dessen Vorspiel den Untergang der DDR-Industrie nach Einführung der DM 1991 besiegelte. Die Erklärung von Lissabon 2000, die USA bis 2010 ökonomisch einzuholen, zwingt alle EU-Länder auf transatlantischen Konfrontationskurs nach Maßgabe der Achse Berlin-Paris, trotz gleichzeitiger Gegenachsenbildung der ökonomischen 2. Reihe London-Rom-Madrid. Die doppelbödige Absetzbewegung Moskau-Berlin-Paris im Irak-Krieg geht einher mit dem Aufbau von Krisenreaktionskräften der WEU und per Verfassungsentwurf diktiert Aufrüstung aller EU-Unionisten. ... usw. usf
- Der politische Eskapismus der BRD ist den unausweichlichen Ambitionen geschuldet, als vorherrschende ökonomische EU-Macht ihre politische Rolle als Mittelmacht des Weltmarkts in Richtung Großmacht auszubauen durch Bildung einer geschlossen handelnden europäischen Politischen Union. Ihre Richtlinien werden kommissarisch vorgegeben durch den konkurrierenden Verwertungsprozess der schwerstgewichtigen nationalen Gesamtkapitale auf - französischem und deutschen - Territorium. Die großen industriellen Einzelkapitale der EU-Länder verzahnen sich zunehmend, konzentrieren und zentralisieren sich unter heftigen nationalen politischen Abwehrschlachten der jeweilig von Übernahme betroffenen Konzerne. Der Ruf nach Freihandel und nach nationalem Protektionismus steigert sich wechselseitig.
- Aus dem praktisch zusammenwirkenden militärischen Potential der EU-Länder erwächst zwangsweise die eigenständige politisch militärische Absicherung der Reproduktionsbedingungen ihrer jeweiligen nationalen Gesamtkapitale: Die BRD verteidigt sich daher nicht nur am Hindukusch in Afghanistan, sondern will dies z. B. in direkter Konkurrenz zu Frankreich in der DR Kongo und im Sudan am liebsten auch, selbstverständlich aus rein humanitären Gründen wie jetzt schon in Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Sri Lanka und wer weiß wo und in welcher Weise überall auf dem Erdball. Die hierzu notwendigen Grundgesetzinterpretationen der BRD stehen in Tradition Carl Schmitts Starkem Staatsverständnis.

IDEOLOGIE DES DEUTSCHEN WESENS UND IHR ÖKONOMISCHER GRUND

- Die Vorgeblichkeit **Humanitärer Missionen** als weltweite Kriegsteilnahmebegründung ist die **dritte Wiederkehr des deutschen Wesens**. Diese sich selbst zugeschriebene Rolle suggeriert den uneigennütigen Helfer, Beschützer, Bannerträger demokratischer Rechtspflege, Kulturnation, Ingenieurscluster der Welt – gar perfide: wir sehen uns in der Pflicht, ein neues Auschwitz zu verhindern! Diese Ideologie entspringt einem nationalen Gesamtkapital, dessen Nationalstaat als politisch gefesselter schuldiger Verlierer des 2. Weltkrieges 50 Jahre nicht als militärischer Fiesling auf der Weltbühne erscheinen konnte. Das deutsche Kapital baute seine Außenhandelsbeziehungen 'friedlich' unter

- dem militärischen Schutzschild der USA aus. Die erweiterte Reproduktion des deutsch nationalen Gesamtkapitals wird gegenwärtig wesentlich mehr denn je bestimmt durch die Expansionsfähigkeit seiner großen Einzelkapitale auf dem Weltmarkt auf Kosten der Anteile am Welthandel der gesellschaftlichen Gesamtkapitale der USA, Japan. Mit Souveränitätsgewinn 1990 gebietet die freigesetzte Staatsraison der BRD, hierzu den eigenständigen militärischen Arm nicht nur innerhalb der NATO weltweit nach Kräften in Stellung zu bringen und entsprechend mit militärischem Gerät der Zukunft auszustatten.
- Das **erste national-chauvinistische Auftauchen des deutschen Wesens** war die ultimative Forderung an die Kolonialmächte des Einräumens **eines Platzes an der Sonne**. **Begründet wurde dies tatsächlich damit, sich zur weltweiten Ausbreitung der Zivilisation durch die germanische Kulturrasse berufen zu fühlen**. Diese Forderung wurde 1878 auf dem Berliner Kongress an die heranzitierten alten Großmächte herangetragen. Dies gerade erst ein paar Jahre nach der Gründung des **2. Deutschen Kaiserreiches** auf den Trümmern der Pariser Commune 1871. Das gesellschaftliche Gesamtkapital entwickelte sich in dieser so genannten Gründerepoche sprunghaft in der Herstellung eines national-territorialen deutschen Binnenmarktes. Es integrierte unter Preußens politischer Vorherrschaft die provinziellen und lokalen Märkte des feudalen deutschen Flickenteppichs und deren überkommenen Zollvereinigungen ökonomisch. Der Gründerkrach 1873 markiert schon jenen Punkt, wo die Expansion des deutschen Gesamtkapitals erstmals an seine Binnenmarktgrenzen stieß. Bis Kriegsbeginn 1914 akkumulierte das deutsche zum 3. größten nationalen Gesamtkapital: gefesselt an einen viel zu engen Binnenmarkt, entfesselt im Ausbau von Schwer- Elektro- und Chemieindustrie, Eisenbahnwesen und Kriegsflotte. Es schloss bis 1913 im Welthandel fast zu England und USA auf. Die Geschichte des missglückten **1. Anlauf Deutschlands zur Weltmacht** ist nachzulesen in Fritz Fischer, 'Griff nach der Weltmacht' (1961). Die deutsche politisch zentralisierte Kriegsbevorratungswirtschaft des 1. Weltkriegs beschleunigte die Erneuerung der technischen Zusammensetzung und Zentralisation des nationalen Gesamtkapitals in den Industriezentren des 2. deutschen Kaiserreichs. Wichtigste Kriegsziele des deutschen Gesamtkapitals waren eine Zollunion zumindest mit Frankreich und Österreich und ganz Mitteleuropa entsprechend der mit seinen Produktivkräften verbundenen notwendigen Expansion nach Außen. Zudem die Absicherung einer Rohölbasis für die hochexpansive Chemiebranche und den Durchbruch der Motorisierung zu Lande, zu Wasser, in der Luft. Im Gegensatz zur angestrebten Expansion kam es zur beabsichtigten Abbremsung der Akkumulation des deutschen nationalen Gesamtkapitals, es wird im Versailler Frieden ökonomisch temporär auf sich selbst zurück geworfen. Es musste Tribut zahlen an den Konkurrenten Frankreich, dem Preußen nach seinem Sieg 1871 einen ebensolchen Tribut nebst Annexion der Provinzen Elsass und Lothringen auferlegte. Letztere als Zentren der französischen Schwerindustrie fielen selbstverständlich an Frankreich zurück. Im Verlauf des Krieges, in dem sämtliche großen nationalen Gesamtkapitale voll ausgelastet akkumulierten, verlor England seine Vormachtstellung an die USA, welche vom Schuldner zum Gläubiger der Welt wurde.
 - Die **2. Wiederkehr des deutschen Wesens gab vor, die Schmach von Versailles zu tilgen und dem rassistisch wertvollsten Volk ohne Raum diesen zu beschaffen**. Das durch den Versailler Vertrag auf seinen engen Binnenmarkt beschränkte nationale Gesamtkapital Deutschlands stellte sich von 1919 bis 1924 unter großen Verwerfungen seiner technischen und personellen und wertmäßigen Zusammensetzung von der Kriegswirtschaft um. Durch die Währungsreform entledigte es sich der inneren Verschuldung und züchtigte sein Proletariat durch die vorhergehende Inflationspolitik.

Die proletarischen Hungerrevolten im Sommer 1924 waren der Ausklang jener revolutionären Flut, welche in den Generalstreiks 1917 und 1918 anhub, sich in der Novemberrevolution durchsetzte und im Spartakusaufstand 1919 sowie in der Münchner Räterepublik 1919 seinen revolutionären Machtanspruch anmeldete, als Ruhrarmee die Republik verteidigte und in der Märzaktion 1921 seine Ohnmacht erfahren musste. Dabei spielte die SPD die konterrevolutionäre Rolle der Aufstandsbekämpfung und die sich formierende kommunistische Partei erwies sich in ihren schroffen Rechts-Linkswendungen als unfähig zur Führung des Proletariats. Das deutsche Gesamtkapital büßte bis 1924 die Hälfte seiner Anteile am Weltmarkt ein im Vergleich zu 1913 und akkumulierte bis 1929 wesentlich langsamer als die übrigen großen Weltmarktkonkurrenten. Die Rekonstruktion der schwergewichtigen Branchen erfolgte nach 1924 mit Auslandskrediten auf neuestem technologischen und arbeitsteiligen (Taylorismus) Standard. Der Konzentrations- und Zentralisationsprozess schuf hochproduktive große Einzelkapitale der Chemie- und Elektrobranche, welche die Kohle- und Stahlindustrie in der nationalen Bedeutung überholten. Dringend notwendige Zollunionen mit Österreich und Frankreich zur besseren Auslastung der nationalen Produktionskapazitäten durch Steigerung der Warenexporte konnten politisch nicht durchgesetzt werden, es sei bei Strafe der politischen Unterordnung unter Frankreich. In der Weltwirtschaftskrise 1929 entluden sich alle Widersprüche des industriellen Krisenzyklus aller großen nationalen Gesamtkapitale, welcher auf Basis des Taylorismus zwischen 1924 und 1929 eine riesige Expansion der Warenproduktion mit starkem Akkumulationsschub hervorbrachte. Dem korrelierte 1929 bis 1932 ein entsprechend steile Kontraktion der Produktion um im Durchschnitt der Hälfte. Die USA und Deutschland traf diese Überproduktionskrise am stärksten und ihre Arbeitslosenheere gefährdeten die politischen Systeme. 1930 senkten die Brüning'schen Notverordnungen den Lebensstand der arbeitenden Klasse bis zum Existenzminimum herab – die gegenwärtigen Angriffe weisen viele Parallelen dazu auf. Es zeichnete sich die Notwendigkeit der Neuaufteilung des Weltmarkts ab. In Deutschland steigerte sich die Ideologieproduktion, welche unverblümt das 'Recht' auf deutsche Weltmachtführung ausspricht. Die am stärksten krisengeschüttelten Branchen der Schwerindustrie setzten mit dem Nationalsozialismus auf die geopolitische Karte der deutschen Hinwendung/Expansion nach Osten bis zum Kaspischen Meer und den Balkanraum – wie schon vor 1914. Die Machtübergabe 1933 an Hitler – explizit vom Bankensektor gefordert – gewährleistete zudem, dass die der Hungerpeitsche unterworfenen Arbeiterklasse ihrer politischen Führung durch Vernichtung entledigt wurde, was allerdings nicht zuletzt der vollständig falschen Analyse der KPD und der Kommunistischen Internationale geschuldet war. Unter Rückgriff auf die Praxis der Ausschüsse zur Kriegsbevorratung als politisch-ökonomischen Instrumenten des 1. Weltkriegs wurde schon im Juli 1933 der 'Generalrat der deutschen Wirtschaft' gegründet. Der Reichsautobahnbau war die erste Großauflage eines korporatistischen Keynesianismus – bei niedriger organischer Zusammensetzung der beteiligten Branchenkapitale. 1935 erklärte Deutschland mit der Phrase der Friedfertigkeit auf den Lippen die rüstungspolitischen Fesseln des Versailler Vertrages einseitig für nichtig. Das nationale Gesamtkapital suchte die Befreiung vom engen Binnenmarkt wiederum wie nach 1900 durch Ausweichen auf ein angriffstaugliches Aufrüstungsprogramm unter in Kaufnahme explodierender Staatsschuld. 1939 hieß die Parole schon Neuordnung der Welt. **Deutschland Vormacht erst Europas und dann der ganzen Welt.** Das nationale deutsche Gesamtkapital erreichte erst in den Kriegsjahren endlich die volle Auslastung seiner Produktionskapazitäten. Sein Anlagevermögen und die aufgehäuften Rohstoffe und

Vorprodukte restrukturierte das nationale deutsche Gesamtkapital mit Kriegsende trotz seiner NS-Verwicklungen bis 1950 mit der Rückkehr zum Weltmarkt (Abhandlung der quantitativen Verlaufsform der Akkumulation etc. werden noch erstellt) Die deutsche Selbsteinschätzungen erscheint erst im langen geschichtlichen Rückblick als absurd. Kommt gegenwärtig jener Anlauf zur Weltmacht im neuen EU-Gewande zum Zuge?

GESETZMÄSSIGKEIT DER DREI DEUTSCHEN ANLÄUFE ZUR WELTMACHT

- Alle drei geschichtlichen deutschen Sonderwege verweisen auf die Gesetzmäßigkeiten der Konkurrenz der verschiedenen gewichtigen und unterschiedlich profitablen nationalen Gesamtkapitale auf dem Weltmarkt. Jeder Geländeerwerb des einen geht zu Lasten der anderen Konkurrenten – der ökonomische Aufsteiger greift dabei unmittelbar die ökonomische und langfristig auch politische Vorherrschaft der überkommenen Großmächte an. Demnach muss das gesellschaftliche Gesamtkapital der BRD mit Souveränitätsgewinn zwecks Erweiterung der nationalen Reproduktion erneut zwanghafte abenteuerliche Großmachtspolitik betreiben – bei Strafe seines Untergangs als ewiger Dritter am Weltmarkt!
- Tatsächlich hätte es für das deutsche nationale Gesamtkapital nach 1945 gar nicht besser laufen können, als nach zwei verlorenen militärischen Anläufen ´friedlich´ zu einer europäischen Freihandelszone EU-xx zu gelangen – größer im Umfang als das Römische Reich Deutscher Nation.
- Die Reichsidee wird nicht nur alljährlich im Aachener Karlspreis symbolisch innerhalb der Elite gepflegt, sondern ergibt sich durch die Größenverhältnisse der sich einander abstoßenden europäischen nationalen Gesamtkapitale, die territorial aneinander grenzen. Auf dem Territorium der BRD ein Schwergewicht, auf den nationalen Territorien drum herum leichtgewichtige ökonomische Satelliten, abhängig vom Verlauf des industriellen Krisenzyklus des größten Handelspartners und Anleger von Auslandskapital. Dies führt zur politischen Strategie des Teile und Herrsche durch die ökonomische Großmacht.
- Teile und Herrsche machte die Reichsidee schon auf niedriger akkumulierter Höhe der nationalen Kapitale zum mythischen Vorbild der Politiken des 2. deutschen Kaiserreichs und des 3. ´tausendjährigen´ Reichs. Umso mehr wirken heute die schier Massen angehäuften produktiven Kapitals der BRD (in industriellen Anlagen und Gebäuden, Infrastruktur) als entschiedene gesellschaftliche Macht, die im politischen Außenverhältnis zu den anderen Teilnehmern die politisch-ökonomische Richtung der EU-xx bestimmt. Die Reichsidee eröffnet der Binnenlage der Gravitationsachse des deutschen Gesamtkapitals entlang der Rheinschiene zwei modifizierbare geopolitische Reichskonzeptionen. Nach Süden und Westen dasjenige Reich Karls des Großen vom Mittelmeer und Atlantik bis zur Elbe. Und demgegenüber das 1. deutsche Kaiserreich der Ottonen nach Osten jenseits der Elbe – die Hinwendung nach ganz Mittel- und Osteuropa wird regelmäßig als deutsches Drohmittel gegen unwillige politische Partner eingesetzt. Damit hat Deutschland in seinen notwendigen Hinwendungen nach Westen ein Faustpfand gegenüber seinem Kerneuropa-Partner Frankreich.
- Und wie Kohl schon instinktiv äußerte, ist das ökonomische und politische Gelingen des EU-Projektes zugleich die Frage von Krieg oder Frieden in Europa. Dabei steigert sich innerhalb des EU-xx Rahmens die Konkurrenz der nationalen Gesamtkapitale entschieden auf Grund ihrer unterschiedlichen Verwertungsfähigkeit mit politisch übergestülpter Euro Einheitswährung. Nun sind die einzelnen EU-Länder jedweder (notwendig) nationalen Währungspolitik beraubt, welche es möglich macht, den relativen Abstand der Produktivität des eigenen zu den anderen nationalen Gesamtkapitalen durch Ab-

/Aufwertung der eigenen Währung zu begegnen wie auch zur Findung des Zinsfußes. Die EU kann ökonomisch nur Gelingen, soweit die nationalen europäischen Gesamtkapitale ihre Stellung am übrigen Weltmarkt ausbauen zu Lasten der übrigen Triadenmitglieder.

- In diesem historischen Projekt hängen das ökonomische und politische Gelingen der EU (nach deutschem Ebenbild des politischen Regionalismus) eng zusammen mit 'Zuerst Europa und dann die ganze Welt'. Gegenwärtig als ausgesprochenem deutschen Anspruch, weltweit politische und somit militärische Verantwortung zu übernehmen als Mittelmacht. Doch die Spatzen pfeifen es von den Dächern der Berliner Republik, die BRD stellt die politische und militärische Vorherrschaft der USA in Frage, falls die EU ökonomisch gelingt. Was bestenfalls heißt, dass England an die EU gebunden wird und Geländegewinne am Weltmarkt den ökonomischen und politischen Einfluss der USA zurückdrängen. In letzter Instanz wird dies nach bisheriger geschichtlicher Erfahrung dann doch militärisch zwischen dem angreifenden Aufsteiger EU und der jetzigen Führungsmacht USA entschieden werden müssen. Geht aber das EU-Projekt ökonomisch in die Hose als Auseinanderdriften der nationalen Gesamtkapitale und Zerfall der Freihandelszone durch nationale protektionistische Maßnahmen, dann ist der Schritt zum innereuropäischen Austragen der Konkurrenz am Weltmarkt auch mit militärischen Mitteln nicht weit.

IDEOLOGIEPRODUKTION IM ZEICHEN ERNEUTER DEUTSCHER GROSSMACHTPOLITIK

- Für den Versuch des Aufstiegs zur Weltmacht müssen die Wirtschaftsinsassen der EU-Länder auf die 'abendländische Kultur'schiene gegen 'islamischen Fundamentalismus, eine potentielle gelbe Gefahr und gegen us-amerikanische Cowboy-Manieren' etc... zusammengeschweißt werden. Das nationale Gesamtkapital der BRD fordert durch seine Sprachrohre der Industrieverbände und anderer Lobbyisten von einer Politik der Staatsraison, die mit den Weltmachtambitionen verbundenen Missionen den Wirtschaftsinsassen ideologisch als überlebensnotwendige Rohstoffabsicherung für 'alle' zu vermitteln. DU BIST DEUTSCHLAND steht stellvertretend für den medialen Klassenkampf von oben.
- Die deutschen Medienapparate können mit Stolz auf ihre Vermittlungsrolle des letzten Jahrzehnts verweisen. Die aktive Rolle und das Eigeninteresse der BRD bei der Zerschlagung der BR-Jugoslawiens konnten sie als uneigennützig humanitäre Mission verkaufen. Dies war schon beim Einsatz in Somalia so, jetzt in Afghanistan, morgen im Kongo und Sudan. Toppen konnten sie es im Irak-Krieg durch das versuchsweise Öffnen der anti-amerikanischen Schleusen der Europäer. Jetzt halten die Medien der BRD die deutschen Verwicklungen in den Irakkrieg aus Staatsraison unter dem Teppich. Wie viele andere Tatsachen auch.
- Jedenfalls beherrschen die deutschen Medien (seit dem 3. Reich und genauso gut wie die Medien aller anderen führenden Länder) die Klaviatur der Desorientierung im Informationsrauschen soweit, dass sie jederzeit die Vorurteile der Wirtschaftsinsassen aufgreifen können und so fokussieren, dass diese sich in ihrer Existenz bedroht fühlen durch das 'eigennützig' Vorgehen ausländischer Mächte. Dieses klassenübergreifende Scharen um die nationalen Interessen hat im nationalen Gesamtkapital seinen materiellen Kern. Denn dessen Gesamtprodukt dient der Reproduktion aller Klassen und aller staatlichen und betrieblichen Strukturen als eines nationalen ineinander verschlungenen geschlossenen Wirtschaftskreislaufs, im Warenaustausch mit anderen nationalen Wirtschaftskreisläufen. Die tatsächliche Krise besteht in der Überproduktion von Waren-

und produktivem industriellem Kapital und Überflüssigen Arbeitskräften fast gleichzeitig in allen großen Industrienationen. Den Wirtschaftsinsassen erscheint dies dagegen subjektiv als Arbeitsplatzvernichtung durch gierige ausländische Finanzmächte und üble Politik des Weltbuhmanns USA. Weil die nationalen Gesamtkapitale sich gegeneinander als geschlossene Reproduktionseinheiten abstoßen, ist das Proletariat der nationalen Standorte des Kapitals in nationale Abteilungen von einander getrennt, in gegenseitige gedoppelte Konkurrenz versetzt, auf Gedeih und Verderb dem Wohlergehen des 'eigenen' nationalen Gesamtkapitals ausgeliefert. Daher marschiert die Arbeiterklasse mit seinem nationalen Kapital in den Krieg und der proletarische Internationalismus erwies sich jedes Mal als ohnmächtiges Lippenbekenntnis. Ob es auch am Ende des nächsten großen sicherlich nicht nur konventionell geführten Krieges zu einer proletarischen Wende kommt?

EXEMPEL DES ESKAPISMUS DER DEUTSCHEN AUSSEN-POLITIK 2004 - 2006

- Exemplarisch für die Zuspitzung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt folgt nun auf den folgenden 8 Seiten der gescheiterte Versuch der BRD, einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat gegen vielfachen Widerstand anderer Staaten durchzusetzen. Diese medial ausgeblendete deutsche Diplomatie belegt einen Grad an politischem Eskapismus einer wild gewordenen Mittelmacht, der nur in einem militärischen Abenteuer seine Entscheidung finden kann.

EXEMPEL FÜR DAS GROSSMACHTSTREBEN DER BRD – 1. Quartal 2006

- Zusammenstellung von ausgesuchten Frontstellungen des ökonomischen, politischen ... Kampfes des nationalen Gesamtkapitals der BRD um die Führung in Europa und darüber hinaus zu lesen Seite 16 - 26

LESEEMPFEHLUNG ONLINE

- Wer heute wissen will, was Deutschland ist, für den ist der newsletter von www.german-foreign-policy.com Pflicht. Nachstehende Exempel sind dokumentierte newsletter, welche erst in ihrer Zusammenschau der unterschiedlichen gesellschaftlichen Sphären den Blick aufs Ganze eröffnen. Jedes mal erleben Zeitgenossen die Zuspitzung der Konkurrenz der Nationen als unüberschaubare politische Gerüchteküche – so die deutschen Wirtschaftsinsassen heute unter aller Augen und Ohren. In seiner Existenzangst als Wirtschaftsbürger wendet er sich als registrierter Staatsbürger automatisch an den Staat, dass der des Bürgers Existenz sichere, indem er seine Macht gegenüber Anderen bestmöglich einsetze. Daher wehren sich viele Zeitgenossen gegen vorstehende Hypothesen so oberflächlich, dass klar wird, warum die Alten sagten: DAVON HABEN WIR NICHTS GEWUSST !!

Viel Spaß bei dem nun folgenden Weltmacht Krimi Puzzle !

Gr. Bowsky frühjahr 2006

Zum Desaster der deutschen UN-Politik 2004 - 05 dokumentiert nach newsletter www.german-foreign-policy.com

03.06.04

Tauschgeschäft

Maßgebliche Fraktionen der deutschen Außenpolitik haben Eckpunkte eines gemeinsamen Forderungskatalogs für die arabische Welt festgelegt. Zentrales Element ist die vollständige Übernahme der Ressourcenkontrolle und die definitive Verwaltung des Wirtschaftstransfers durch Beauftragte der westlichen Industriestaaten („Modernisierung“). Bisher unterschiedliche Auffassungen über die anzuwendenden Mittel bei der Erzwingung des Programms („Wider Middle East“) werden gegenwärtig in der Irak-Politik zusammengeführt. Regierung wie Opposition unterstützen Gewaltmaßnahmen, die sie an die Bagdader Administration delegieren und durch UNO-Beschlüsse befehlen wollen. Das gemeinsame Programm modifiziert Taktiken der US-Besatzer und schlägt Washington eine gleichberechtigte Partnerschaft in Strategiefragen vor. Die USA antworten mit Angeboten für einen ständigen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat.
<http://www.german-foreign-policy.com/de/news/art/2004/43708.php?q=UNO+Sitz>

09.06.04 Schlimmes befürchten

BERLIN / WASHINGTON (Eigener Bericht) Während seines USA-Aufenthalts ist dem Berliner Regierungschef erneut ein ständiger deutscher Sitz im UN-Sicherheitsrat in Aussicht gestellt worden. Damit rückt der formelle Beitritt Deutschlands zur Gruppe der Triaden-Großmächte näher. Unklar bleibt, ob auch der frühere Feindstaat Japan einen erweiterten UNO-Status erhält. Unter Ausschluß der Volksrepublik China, des bevölkerungsreichsten Landes der Erde, versuchen die ehemaligen Alliierten mit Berlin und Tokio („G 8“) ihre weltweiten Einflußgebiete abzugrenzen. Im Mittelpunkt der Gespräche unter Vorsitz des US-Präsidenten steht das weitere Vorgehen in den arabischen Ressourcenstaaten und im besetzten Afghanistan. Die deutsche Irak- und Afghanistan-Politik sei „zynisch“ und „gefährlich“, sagt der Osnabrücker Rechtssoziologe Martin Bennhold in einem Interview mit dieser Redaktion. Das Verlangen Deutschlands nach Aufnahme in die Gruppe der ständigen Sicherheitsratsmitglieder begleitete sowohl die Vorarbeiten als auch die Verhandlungen der G-8-Staaten (USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und Russland). Mit entsprechenden Vorstößen war der Berliner Botschafter bei den Vereinten Nationen, Pleuger, beauftragt, der das strategische „Großziel“ (Auswärtiges Amt) umsetzen soll. Bei Erreichen dieses Ziels würde Berlin ein Veto-Recht gegenüber den USA und den übrigen Mitgliedern des Sicherheitsrats eingeräumt werden.

<http://www.german-foreign-policy.com/de/news/art/2004/43853.php?q=UNO+Sitz>

14.09.05 Fehlschlag

BERLIN/ROMA (Eigener Bericht) - Die deutschen Bemühungen um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stehen vor dem Scheitern. Dies verlautete am Rande der gestern zu Ende gegangenen Botschafterkonferenz des Auswärtigen Amtes (AA). Damit erleidet die Berliner Außenpolitik eine schwere Niederlage. Gegen den Aufstieg Deutschlands zu einer UN-Vetomacht haben sich mehrere EU-Mitglieder zusammengeschlossen, darunter Großbritannien und Italien. Gemeinsam mit den USA bilden sie eine anti-deutsche Ablehnungsfront. Die operative Stoßtruppfunktion nimmt Rom wahr.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1094767200.php>

23.09.04 Zweite Klasse

NEW YORK (Eigener Bericht) Auf anhaltenden Widerstand einer UNO-Mehrheit stoßen die deutschen Bemühungen um Sitz und Vetostimme im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Wie aus mehreren Delegationen gegenüber dieser Redaktion übereinstimmend verlautet, werde man sich weder dem Druck noch den Lockungen der Berliner Regierung beugen. Damit kommt die anti-deutsche Ablehnungsfront ihrem Vorhaben näher, das „Großziel“ des Auswärtigen Amtes zu

vereiteln. Berlin hoffte, es könne in den UNO-Rang der USA oder Chinas aufrücken. Auch mehrere osteuropäische Staaten lehnen dieses Ansinnen ab. Sie schließen sich dem Vorschlag Italiens an. Demnach soll der Sicherheitsrat um eine neue Gruppe erweitert werden, die jedoch kein Vetorecht besitzen darf. In diese halbpermanente Riege könne auch Deutschland einziehen, heißt es in Warschau. Italien handelt in Übereinstimmung mit Washington und London und vertritt auch Interessen spanischer Wirtschaftsfraktionen, die die Außenpolitik des Partido Popular (PP) stützen.

In einer beispiellosen diplomatischen Kampagne versucht das Auswärtige Amt seit mehreren Wochen, die anti-deutsche Ablehnungsfront aufzuweichen, um den heutigen Auftritt des deutschen Außenministers vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen zum Triumph über die USA und die europäischen Gegner des Berliner Großmachtstrebens werden zu lassen. Diesem Zweck galten u.a. Verbalnoten, die mehrere deutsche Botschafter bei ihren Gastregierungen zur Kenntnis brachten. Darin wurde der Anspruch auf einen UNO-Rang erster Klasse auch offiziell unterbreitet.

<http://www.german-foreign-policy.com/de/news/art/2004/46397.php?q=UNO+Sitz>

15.11.04 Imperial overstretch

BERLIN/WASHINGTON (Eigener Bericht) - Die neue US-Administration will den gleichberechtigten Einzug der Bundesrepublik in den UN-Sicherheitsrat weiter verhindern und macht Kompromisse von deutschen Zuzahlungen bei der internationalen Kriegführung abhängig. Wie US-Außenminister Powell formuliert, handele es sich bei Berlin um einen „selbsternannten“ UN-Anwärter, der nur bei weiteren Gegenleistungen im Irak, in Afghanistan und auf dem Balkan in Betracht gezogen werden könne. Offizielle Institutionen der Berliner Außenpolitik raten zur Annahme des Angebots, das als Geschäft auf Gegenseitigkeit betrachtet wird. Um die strittige Teilung der Kriegskosten in „globalem“ Maßstab zu diskutieren, dient sich das „Centrum für angewandte Politikforschung“ (CAP) als Organisatorin eines „Treffen(s) der wichtigsten Akteure aus Politik und Think Tanks (...) abseits der Medienöffentlichkeit“ an. Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1100300400.php>

03.12.04 Größtmöglicher Schaden

NEW YORK / BERLIN / LÜBECK (Eigener Bericht) - Bei ihren massiven Bemühungen um eine vetoberechtigte Mitgliedschaft der Bundesrepublik im UN-Sicherheitsrat ist die deutsche Außenpolitik erneut gescheitert. Berlin werde unter keinen Umständen in die Stimmposition der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs aufrücken und müsse sich mit einer minderen UN-Stellung bescheiden, bestätigen Diplomaten in New York. Keine der gestern veröffentlichten Vorschläge für eine Reform des höchsten UN-Gremiums räumt Deutschland einen Platz an der Seite der fünf permanenten Ratsmitglieder ein (USA, Rußland, Großbritannien, Frankreich, China). Damit verfehlt Berlin nach mehrjähriger internationaler Einflußarbeit das selbst gesteckte „Großziel“ und hinterläßt diplomatische Verwüstungen. Trotz offener Gegnerschaft Italiens und der USA, die den deutschen UN-Höhenflug verhindert haben, setzt das Auswärtige Amt seine Stellungskämpfe in den Vereinten Nationen fort.

mehr (<http://www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1102030470.php>)

30.03.05 Staatenelite

BERLIN/NEW YORK/BEIJING (Eigener Bericht) - Die Kampagne der Bundesregierung für eine Vollmitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat ist gescheitert. Berlin wird das angestrebte Veto-Recht auf keinen Fall erhalten und muss sich mit einem Status zweiter oder dritter Klasse begnügen. Dies ist das vorläufige Ergebnis erbitterter Abwehrkämpfe, die von den

USA, Italien und mehreren osteuropäischen UN-Mitgliedern gegen den deutschen Anspruch geführt werden. Um den UNO-Aufstieg des Berliner Konkurrenten zu verhindern, bindet Washington Drittstaaten ein und droht mit Enthüllungen über den Korruptionsbetrieb in der UN-Verwaltung. In den andauernden Auseinandersetzungen um die deutsche Mitgliedskampagne gerät der amtierende UN-Generalsekretär unter Druck; die UN-Vetomacht China wird gegen Berlin in Stellung gebracht.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1112133714.php>

14.04.06 Aufsteigen

BERLIN/BEIJING/TOKIO (Eigener Bericht) - Mit einer lobenden Erwähnung bedenkt Beijing die Bemühungen der deutschen Außenpolitik um „strategische Partnerschaft“ mit China. Während der deutsche Bundeskanzler in einer Berliner Parlamentsdebatte die „stabilisierende Rolle“ Chinas „in der internationalen Arena“ würdigte, ließ Beijing verlauten, Deutschland gebühre „größerer Einfluss in den Vereinten Nationen“. Die koordinierten Avancen nutzen Beijing, das die transatlantische Embargopolitik unterlaufen will, und lassen Berlin auf chinesische Unterstützung im Weltsicherheitsrat hoffen.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1113516000.php>

06.05.05 Grossmächtiges Deutschland

POTSDAM (Eigener Bericht) Berlin soll seine Großmachtspolitik fortsetzen und die Konkurrenz gegenüber den Vereinigten Staaten verschärfen. Dies fordern einflussreiche deutsche Außenpolitiker und Politikberater unter dem Titel „Grossmächtiges Deutschland“ in verschiedenen Beiträgen der Zeitschrift „WeltTrends“. Das in Potsdam erscheinende Medium versteht sich als „außenpolitische Zeitschrift der Berliner Republik“, kooperiert eng mit der deutschen Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) und zählt prominente Wissenschaftler und einen ehemaligen Staatssekretär zu ihrem wissenschaftlichen Beirat. Warnungen vor einer „Wiederentdeckung machtpolitischer Durchsetzungsstrategien“ kämen einem „Feldzug gegen die deutsche Außenpolitik“ gleich, heißt es in dem 1993 gegründeten Blatt. Als wirkungsvollstes Mittel zur Realisierung nationaler deutscher Interessen gilt den Experten die Nutzung europäischer (EU) und weltweiter (UNO) Zusammenschlüsse.

<http://www.german-foreign-policy.com/de/news/art/2005/53012.php>

17.05.05 Großer Wurf

BERLIN/TOKIO/NEW YORK (Eigener Bericht) - Mit einem Mehrstufenplan für den Aufstieg in das höchste UN-Gremium fordern Deutschland und Japan den offenen Widerstand der Großmächte heraus. Die Nachfolgestaaten der früheren Weltkriegsaggressoren verlangen exklusive Veto-Rechte und wollen den früheren Alliierten sowie der Volksrepublik China gleichgestellt werden. Um die Abwehrfront zu unterlaufen, setzt das Auswärtige Amt auf eine schrittweise Isolierung der Großmächte, die Anfachung zwischenstaatlicher Konkurrenz und doppelbödiges Abstimmungsverfahren in der UN-Vollversammlung. Die namentliche Kandidatur zur Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat wollen Berlin und Tokio erst in allerletzter Minute anmelden. Die deutsch-japanischen Aktivitäten haben zu ernststen Spannungen mit Washington geführt und beginnen die Arbeit der Vereinten Nationen zu überlagern.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/art/2005/53276.php>

07.06.05 Deutsche Leichen

BERLIN/WASHINGTON/TEHERAN (Eigener Bericht) - Bei dem heutigen Außenministertreffen in Washington bahnt sich ein deutsch-amerikanischer Handel um Veränderungen im UN-Sicherheitsrat und um Militärschläge gegen Teheran an. Berlin verlangt, in das höchste Gremium der Vereinten Nationen aufzusteigen, aber trifft auf andauernde Vorbehalte der USA. Washington optiert für eventuelle Angriffe gegen Iran, aber fürchtet deutsche Obstruktionen, die zu neuen transatlantischen Belastungen führen könnten. Diese Befürchtungen hat das Bundeskanzleramt jetzt ausgeräumt. Sollten die USA einer deutschen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat zustimmen, werde sich das Irak-Zerwürfnis "nicht wiederholen", gelobt die Berliner Regierung. Zugleich bietet sie an, im Sicherheitsrat stets "westlich" abzustimmen. Die Tauschangebote werden auch als Bündniszusagen gegen die Volksrepublik China verstanden. Für die neue deutsche Weltpolitik könne Blut fließen, erklärt der Berliner Verteidigungsminister.
<http://www.german-foreign-policy.com/de/news/art/2005/53780.php>

20.06.05 In Übereinstimmung

BERLIN/NEW YORK/BEIJING(Eigener Bericht) - Nach dem Veto der USA gegen die deutschen Großmachtpläne in der UNO drängt das Auswärtige Amt bei den zukünftigen Berliner Regierungsparteien auf Fortsetzung des Kollisionskurses. Das Ministerium will erreichen, dass auch für den Fall des erwarteten Wechsels an der Amtsspitze vom Anspruch auf Gleichstellung mit den westlichen Atommächten und der VR China nicht losgelassen wird. Nach entsprechenden Instruktionen teilte der Schattenaußenminister des Oppositionslagers, Wolfgang Gerhardt (FDP), der Öffentlichkeit jetzt mit, auch er werde sich für einen ständigen deutschen Sitz im höchsten UNO-Gremium verwenden. Die Ankündigung verbindet großmachtpolitische Globalstrategien, die in Widerspruch zur westlichen Führungsmacht stehen, mit transatlantischen Unterwerfungsgesten und eint die konkurrierenden Parteilager.
<http://www.german-foreign-policy.com/de/news/art/2005/54092.php>

30.06.05 Unter Kontrolle

BERLIN/PARIS/LONDON(Eigener Bericht) - Deutschland soll im höchsten UN-Gremium als "Treuhand Europas" auftreten und für den Verzicht der übrigen EU-Staaten auf nationale Vertretungen im UN-Sicherheitsrat sorgen. Dies verlangen die Koalitionsparteien einer zukünftigen Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP. Wie ihr Schattenaußenminister Wolfgang Gerhardt verspricht, werde Deutschland im Weltsicherheitsrat mit den dort nicht vertretenen UN-Mitgliedern internationale Fragen eng abstimmen, allerdings nur bei "schwierigen und komplizierten Entscheidungen". Die Ankündigung wird in London mit Diskretion übergangen, da sie als nicht gesprächsfähig gilt. "Frankreich wird seinen Sitz nicht zur Disposition stellen lassen", heißt es bei der Pariser Stiftung des früheren französischen Verteidigungsministers Chevènement auf Anfrage von [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com). In Rom und Warszawa werden die UN-Äußerungen deutscher Außenpolitiker mit erheblichem Missfallen aufgenommen. Gegen Widerstände in den USA bieten CDU/CSU und FDP enge Bündnisabsprachen an ("Partners in leadership").
<http://www.german-foreign-policy.com/de/news/art/2005/54332.php>

11.07.05 Verbrannte Erde

NEW YORK/BERLIN/SIRTE(Eigener Bericht) - Ungeachtet heftiger Widerstände trägt die deutsche UNO-Delegation ihre Kampagne für einen eigenen Sitz im Weltsicherheitsrat am heutigen Montag in die UN-Vollversammlung. Der seit Monaten anhaltende Druck auf Drittstaaten, die Berlin zu Koalitionen veranlassen möchte, hat in New York zu schweren

Verwerfungen geführt. Gemeinsam mit Italien geht jetzt auch Spanien gegen die deutschen UN-Pressionen vor. Ebenso verweigern sich sämtliche 53 Mitgliedsländer der Afrikanischen Union den Berliner UN-Plänen. Die USA kündigen an, dass sie eine von Deutschland verlangte Abstimmung in der Vollversammlung der Vereinten Nationen verhindern werden. Über 40 Millionen Unterzeichner wenden sich in einem Appell an die UNO, um den mit Deutschland abgesprochenen Aufstieg Japans in den Weltsicherheitsrat zu verhindern.

<http://www.german-foreign-policy.com/de/news/art/2005/54596.php>

18.07.05 Achtung, Deutschland!

NEW YORK/BERLIN/BEIJING (Eigener Bericht) - Der gestrige UN-Auftritt des deutschen Außenministers hat zu einer dramatischen Eskalation der nationalen Einflusskämpfe in der UNO geführt und die Zerrüttung der Organisation weiter vertieft. Fischer ist nach New York gereist, um Bündnisse für den deutschen Aufstieg in das höchste UN-Gremium zu schmieden. Gegen die Berliner Pläne haben sich neben den USA und China u.a. Kanada, Schweden, die Niederlande, Algerien und die Schweiz ausgesprochen, ohne das Auswärtige Amt im geringsten zu beeindrucken. "Es ist Wahnsinn", zitiert die chinesische Presse eine Quelle im UN-Sicherheitsrat; Deutschland und seine Verbündeten (Japan, Indien, Brasilien) "gehen einen völlig falschen Weg". Heftige Angriffe richten kanadische sowie pakistanische Diplomaten gegen die von Berlin angeführte Staatengruppe und bezichtigen sie eines "unethischen" Verhaltens. Um in den UN-Sicherheitsrat aufzusteigen, sei Berlin im Begriff, die Stimmen mehrerer afrikanischer Staaten zu kaufen. "Wir müssen sehen, was man uns bietet. Es ist eine Frage des Preises", sagte der Botschafter eines afrikanischen Landes vor Beginn der New Yorker Gespräche zu [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com).

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/art/2005/54764.php>

19.07.05 Dealer

Um den deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat ist ein Preiskampf entbrannt. Der Stimmenkauf betrifft Afrika, aber soll sich auch innenpolitisch lohnen. Trotz des sicheren UNO-Fiaskos setzt die deutsche Regierung ihre diplomatischen Grabenkämpfe fort. Um das Gesicht zu wahren, soll eine möglichst große Staatenzahl die Berliner Bewerbung bestätigen - ohne Rücksicht auf das bereits angekündigte Veto der USA und Chinas. Deswegen haben Preisverhandlungen begonnen, die der Stimmenabgabe für Deutschland gelten und mehrere afrikanische Staaten betreffen. Entsprechende Offerten durchlaufen gegenwärtig die Hauptstädte der Afrikanischen Union (AU). Ergebnisse will der AU-Vorsitzende kommende Woche präsentieren. Über den deutschen Aufstieg in den Sicherheitsrat wird die UN-Vollversammlung noch vor den deutschen Neuwahlen abstimmen. Die Berliner Regierungskoalition hofft weiter, ihre kommende Abwahl durch einen vermeintlichen UNO-Erfolg zu kompensieren. Nach Auffassung der Opposition ist die deutsche UN-Politik gescheitert; SPD und Grüne hätten sich "verzockt", urteilt der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion und frühere Staatsminister im Auswärtigen Amt, Werner Hoyer.

<http://www.german-foreign-policy.com/de/news/short/2005/54789.php?q=UNO+Sitz>

07.08.05 Im Felde unbesiegt

ROM/NEW YORK/BERLIN (Eigener Bericht) - Das Desaster der deutschen UNO-Politik greift auf die zwischenstaatlichen Beziehungen zu Italien über und führt zu schweren Zerwürfnissen zwischen Berlin und Rom. Die Bundesregierung beschuldigt das italienische Außenministerium maßgeblicher Intrigen gegen den deutschen Aufstieg in den UN-Sicherheitsrat; Rom warnt vor

deutschen Retourkutschen in der Währungspolitik. Anlass ist der Skandal um Unregelmäßigkeiten bei der Bankitalia. Auch die deutsch-chinesischen Beziehungen sind beschädigt, seitdem sich Beijing offen gegen die Berliner Mitgliedschaft im höchsten Gremium der Vereinten Nationen ausgesprochen hat und dabei gemeinsam mit Washington vorgeht. "Deutschland wollte Weltmacht werden, aber hat sich die Welt zum Gegner gemacht", sagte ein italienischer Diplomat im Gespräch mit [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) am gestrigen Samstag in Rom. Verhalten kritisch äußert sich Edmund Stoiber, Ministerpräsident der Bundeslandes Bayern und möglicher Außenminister einer neuen deutschen Regierung. UNO-Diplomatie nach Berliner Art sei "sicherlich nicht überall beliebt", sagte Stoiber (CSU) in einem Presseinterview und kündigte Korrekturen für den Fall eines Wahlsiegs der konservativen Parteien an.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/art/2005/55244.php>

17.08.05 Abgang

BERLIN/NEW YORK (Eigener Bericht) - Nach dem Desaster der deutschen UNO-Politik wird dem verantwortlichen UN-Botschafter in New York und vormaligen Politischen Direktor des Auswärtigen Amtes, Gunter Pleuger, eine baldige Demission nahe gelegt. Dies erfährt [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) aus dem Auswärtigen Ausschuss des Bundestages. Dort wächst der Unwille über die Vorgehensweise Pleugers, der den deutschen Aufstieg in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen herbeiführen sollte, aber einen politischen Scherbenhaufen hinterlassen hat. Pleuger wird ein brachialer und intriganter Umgang mit UNO-Mitgliedern attestiert. Trotz tiefer Zerwürfnisse, in deren Folge Italien, Spanien, die Volksrepublik China, die USA und zahlreiche andere Staaten gegen Berlin zusammengedrückt sind, setzen deutsche Diplomaten ihre aussichtslose Einflussarbeit gegen die Veto-Mächte fort. Dabei suchen sie noch immer nach Hilfsstimmen aus afrikanischen Ländern. Um in der UNO eine deutsche Mehrheit zu erlangen, müssten die ablehnenden Beschlüsse der Afrikanischen Union hintergangen werden.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/art/2005/55484.php>

12.09.2005 - Chinesisches Veto

NEW YORK/BERLIN/TOKIO(Eigener Bericht) - Die am kommenden Mittwoch beginnende Vollversammlung der Vereinten Nationen steht vor dem Scheitern. Letzte Kompromissversuche wurden von einer diplomatischen Krisengruppe am vergangenen Wochenende aufgegeben. Die Umsetzung zentraler Reformvorhaben, die anlässlich des 60. UN-Gründungsjahres verabschiedet werden sollten, sei nicht mehr zu erwarten, teilt das Büro des UN-Generalsekretärs mit. Zum Scheitern wesentlich beigetragen hat die Berliner Regierung, die das UN-Treffen benutzen wollte, um Deutschland im Sicherheitsrat als internationale Veto-Macht zu etablieren. Obwohl die aggressive Kampagne der Berliner UN-Delegation gescheitert ist, setzen deutsche Diplomaten ihre Einflussmaßnahmen fort und locken ärmere Staaten mit Unterstützungsangeboten. Der deutsche Verbündete Japan hat hohe Millionenbeträge verteilt, um in Lateinamerika UN-Stimmen für Tokio und Berlin zu kaufen, berichtet die internationale Presse. Das deutsch-japanische Bündnis strahlt auch nach Asien aus, wo militärische Auseinandersetzungen zwischen Tokio und der Volksrepublik China nicht mehr ausgeschlossen werden. "Sie werden zusammenstoßen", zitiert die US-Presse politische Beobachter. Die

deutsche Außenpolitik folgt dem Sog dieser Entwicklung - an der Seite Japans.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56010>

24.11.2005 - Mit den Muskeln spielen

BERLIN/NEW YORK (Eigener Bericht) - Der neue deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier kündigt für die kommenden Wochen den "höchsten Einsatz" der Berliner Außenpolitik in der Europäischen Union an und verlangt entlastende Entscheidungen der EU-Finanzbehörden. Wie aus Steinmeiers Antrittsrede hervorgeht, benötigt Berlin Gelder für den Ausbau seiner weltweiten Hegemonialpolitik, die durch Umwälzung deutscher EU-Verpflichtungen auf Dritte subventioniert werden soll. So müssten bei anhaltend hohen Militärausgaben ("Kontinuität" in der "Sicherheitspolitik") weitere Ressourcen für die zivile Flankierung der deutschen Gewaltoperationen ("Kulturpolitik") bereitgestellt werden, erklärt der neue Chef des Auswärtigen Amtes. Die von Steinmeier eingeläutete Offensive gilt auch dem deutschen Machtanspruch in den Vereinten Nationen. Dort hält Berlin am Ziel eines eigenen Sitzes im UN-Sicherheitsrat fest - trotz des diesjährigen Fiaskos, an dem auch Steinmeier, der bisherige Kanzleramtsminister, führend beteiligt war. Gegen den Rat maßgeblicher CDU-Politiker haben die UN-Aspirationen der Sozialdemokraten Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden. Wie die Vereinbarungen der Regierungsparteien zeigen, wirkt das Zusammenspiel von SPD und CDU auf die Großmachtansätze der deutschen Außenpolitik kumulierend. [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) veröffentlicht Auszüge.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56126>

Zusammenstellung von ausgesuchten Frontstellungen des ökonomischen, politischen ... Kampfes des nationalen Gesamtkapitals der BRD um die Führung in Europa und darüber hinaus Dokumentiert sind ausgewählte newsletter von www.german-foreign-policy.com

Newsletter vom 21.11.2005 - Große Rolle in Europa

BERLIN/BRÜSSEL (Eigener Bericht) - Die ab Dienstag amtierende Bundesregierung forciert durch Neubesetzung außenpolitischer Spitzenpositionen den deutschen Führungsanspruch in Europa. Wie das aktuelle Personaltableau zeigt, stärkt der Ämterwechsel die Anbindung der EU-Außenpolitik an Berlin und lässt Schwerpunkte des nationalen Einflussinteresses erkennen. Die deutschen Zielsetzungen werden über den Brüsseler Stab für EU-Außenbeziehungen kanalisiert, eine Keimzelle

des zentralen diplomatischen Dienstes sämtlicher EU-Mitglieder: Während der bisherige deutsche Stabsleiter von Brüssel ins Bundeskanzleramt wechselt, wird die Büroleiterin des scheidenden Außenministers Fischer in der EU-Zentrale postiert. Dort soll sie dem "Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" soufflieren. Weitere Umbesetzungen bringen geopolitische Spezialisten für Osteuropa und Nordafrika ins Auswärtige Amt. Der zukünftige Staatsminister Gernot Erler ist für seine bellizistischen Positionen bekannt.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56120>

Ausgewählte newsletter 1. Quartal 2006

16.01.2006 - Um die Führung Europas

BERLIN (Eigener Bericht) - Angesichts eines stark ansteigenden Weltmarktanteils deutscher Waffenexporte verlangen deutsche Wirtschaftsvertreter staatliche Bürgschaften für die Ausfuhr von Kriegsgesetz. Deutsche Firmen müssten zudem größere Anteile an EU-Rüstungsprojekten erhalten, heißt es ultimativ beim Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Zugleich sollten die Nachbarstaaten ihre Beteiligungen an Rüstungsunternehmen endlich privatisieren, verlangt der Wirtschaftsverband, um den Konkurrenten der deutschen Waffenkonzerne die staatliche Rückendeckung zu entziehen. Im deutschen Verteidigungsministerium rechnet man mit erneuten Konzentrationsmaßnahmen bei der Herstellung von Kriegsgesetz. Eine "nationale Konsolidierung der Rüstungsindustrie" sei nötig, um die deutsche Position sichern zu können, erklärt ein Sprecher des Ministeriums. Die wirtschaftspolitischen Forderungen treiben auf Konfrontationen zwischen den EU-Staaten zu und zielen auf das zukünftige Gewaltmonopol des Stärksten.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56198>

23.01.2006 - Außer Kontrolle

BERLIN/BAGDAD (Eigener Bericht) - Bei einer heutigen Krisensitzung im Bundeskanzleramt will die Regierungsspitze auf den sofortigen Abbruch der parlamentarischen Erörterungen über die deutsche Kriegsbeteiligung im Irak hinwirken und ein Ende der öffentlichen Wahrnehmung geheimer Operationen gegen Grundrechte der Verfassung erreichen. Zu dem Krisentreffen hat die Bundeskanzlerin eingeladen. Beteiligt sind der Chef des Bundeskanzleramts (auch zuständig für die Geheimdienste) und der Bundesinnenminister. Der Intervention folgen sämtliche Fraktionsvorsitzende des deutschen Parteienspektrums. Bereits im Vorfeld des ungewöhnlichen Treffens haben Regierungsmitglieder erklärt, weitere öffentliche Diskussionen über die deutsche Zusammenarbeit mit Deportations- und Folterabteilungen von Drittstaaten müssten wegen der monatelangen Beunruhigung unbedingt verhindert werden. Neue Enthüllungen über ungesetzliche Tätigkeiten des Bundesnachrichtendienstes (BND) und der übrigen Sicherheitsapparate seien für die Staatsraison abträglich.

Wie diese Redaktion erfährt, hat der BND unmittelbar vor den US-Luftangriffen versucht, sich über eventuelle Bombenziele im Irak deutsches Bildmaterial zu verschaffen, und dabei Inlandsaufklärung betrieben. Ziel war das Abschöpfen von TV-Journalisten, die aus dem Irak zurückkehrten und zivile Filmberichte gedreht hatten. Unter Verletzung des Status der Berichterstatter verfolgte der BND die Reporter bis in die Schneideräume einer deutschen Fernsehanstalt und bot dort geheimdienstliche Zusammenarbeit an. Dem BND ist die Inlandsaufklärung ebenso untersagt wie die Indienstellung deutscher Journalisten. Die Willkürmaßnahmen der Exekutive haben zu einem Bruch des innerdeutschen Verfassungskonsenses geführt und markieren den Übergang in ein neues Stadium der Kriegsbereitschaft.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56208>

29.01.2006 - Deutsche Gestaltungskraft

STUTTGART/BERLIN (Eigener Bericht) - Die in Stuttgart (Baden-Württemberg) ansässige Robert-Bosch-Stiftung beruft ein "Stiftungskolleg für internationale Aufgaben" ein und will deutsche Hochschulabsolventen in einem einjährigen Lehrgang auf "internationale Führungsaufgaben" vorbereiten. An der Ausschreibung beteiligt sich neben der Bosch-Stiftung und der Studienstiftung des deutschen Volkes auch das Auswärtige Amt. Die Initiatoren sehen Deutschland in den Entscheidungsgremien internationaler Organisationen unterrepräsentiert und wollen eine eng vernetzte deutsche Bildungselite dorthin entsenden, um die "Gestaltungskraft" Deutschlands in der "internationalen Arena" zu forcieren. Die kämpferische Metaphorik zielt nicht nur auf UNO, EU, OSZE, Weltbank und NATO, sondern auch auf "global tätige Wirtschaftsunternehmen". Die federführend mit dem "Stiftungskolleg" befasste Bosch-Stiftung sieht sich in der Tradition des Stiftungsgründers Robert Bosch. Der süddeutsche Industrielle (1861-1942) gehörte zu den frühen Förderern des nationalsozialistischen Regimes und profitierte während des Zweiten Weltkriegs sowohl von der Produktion für das deutsche Militär als auch von der Ausbeutung nach Deutschland verschleppter Zwangsarbeiter.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56221>

31.01.2006 - Imperiale Vollendung

BERLIN/STUTTGART/BEOGRAD/PRISTINA (Eigener Bericht) - Deutsche Geheimdienste haben mit der Ausbildung von Spionage- und Staatsschutzorganisationen im Kosovo begonnen. Dies geht aus Berichten der serbischen Presse hervor. Damit scheint der deutsche Einfluss in den kosovarischen Protektoratsverwaltungen weiter zuzunehmen. Auch auf wirtschaftlichem Sektor sorgt die Bundesrepublik für eigene Netzwerke und hat sich weit reichenden Einfluss auf Enteignung und Neuverteilung des jugoslawischen Staatsbesitzes im Kosovo gesichert. Für den zukünftigen völkerrechtlichen Status der im Jugoslawien-Krieg abgetrennten Provinz hält Berlin unterschiedliche Optionen bereit.

Neben einer formalen Sezession von Beograd werden Spielformen kolonialer Treuhänderschaft diskutiert. Eine von der deutschen Robert-Bosch-Stiftung initiierte "Internationale Balkan Kommission" schlägt den schrittweisen Anschluss des Kosovo an die EU vor, wobei dem Gebiet keine volle Souveränität gewährt werden soll. Auch die übrigen Kleinstaaten auf dem Balkan könnten durch EU-"Erweiterung" aufgesogen werden oder in ein "Imperium" eingehen, heißt es bei der "Bosch-Stiftung".

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56226>

01.02.2006 - In neuen Grenzen

MÜNCHEN/TBILISSI (Eigener Bericht) - Bei der bevorstehenden Münchner Sicherheitskonferenz soll die zügige Aufnahme Georgiens in das westliche Militärbündnis vorgeschlagen werden. Dies erfährt [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) aus diplomatischen Kreisen der deutschen Hauptstadt. Um das weitere Vordringen der NATO an die russischen Grenzen öffentlichkeitswirksam in Szene zu setzen, wird der Staatspräsident Georgiens, Michail Saakaschwili, auf dem Münchener Militärtreffen den Einleitungsvortrag halten. Saakaschwili, der einer "defekten Demokratie" vorsteht, hat bereits in der vergangenen Woche bestätigt, seine Regierung strebe einen NATO-Beitritt "in nächster Zukunft" an. Die dritte Osterweiterung der NATO, die jetzt endgültig den Kaukasus erreicht, beschleunigt den Rüstungswettlauf mit Moskau und betrifft auch den Iran. Von dort will Georgien das dringend benötigte Gas beziehen, um sich aus Abhängigkeiten von Russland zu lösen. Den Frontaufbau an den russischen Grenzen befördert Berlin mit Maßnahmen sogenannter Entwicklungshilfe. Die Aktivitäten werden von der deutschen Heinrich-Böll-Stiftung begleitet, die mit einem eigenen Büro im Südkaukasus für "gemeinsame Perspektiven" sorgt.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56227>

06.02.2006 - Notwendigkeiten

BERLIN/METZ(gfp.com) - In Anwesenheit des gegenwärtigen Verteidigungsministers und seines Amtsvorgängers begeht die deutsche katholische Militärseelsorge am heutigen Montag mit einem Festakt ihr 50jähriges Bestehen. Wie das Verteidigungsministerium bestätigt, ist die kirchliche Begleitung der Soldaten unverzichtbarer Teil von Vorbereitung und Durchführung deutscher Auslandseinsätze. Der kirchlichen Betreuung komme große Bedeutung für die psychische Regeneration traumatisierter Militärs zu. Der Wiederaufbau des katholischen kirchlichen Dienstes für die Bundeswehr, der im Zentrum der heutigen Feier steht, erfolgte in den 1950er Jahren durch Geistliche, die ihre Karriere während der NS-Zeit begonnen und teilweise am Eroberungs- und Vernichtungskrieg der Wehrmacht teilgenommen hatten; organisationsrechtliche Grundlage ist bis heute Paragraph 27 des Reichskonkordats vom 20. Juli 1933. Der Rechtstitel regelt - wie sein evangelisches Pendant - die staatliche Kontrolle der kirchlichen Seelsorgetätigkeit und sichert die Verfügbarkeit

religiöser Hilfsdienste für die deutsche Militärexpansion. Sie wird von den Spitzen der christlichen Kirchen als "Notwendigkeit" bezeichnet.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56235>

09.02.2006 - Auf den Trümmern des Krieges

KABUL/POTSDAM/LEIPZIG/MÜNCHEN (gfp.com) - Die Folgen der westlichen Islam-Provokationen lösen beim Einsatzführungskommando der Bundeswehr ernste Besorgnisse aus und erschweren den Kampfauftrag der Berliner NATO-Einheiten in Afghanistan. Die deutschen Besatzungstruppen stehen unter anhaltendem Druck afghanischer Massenproteste und versuchen, eine Militärbasis im Nordwesten des Landes zu sichern. Dort erschossen NATO-Einheiten, die als "International Security Assistance Force" (ISAF) unter UNO-Dach firmieren, am Dienstag vier Demonstranten; am Mittwoch wurden bei Zusammenstößen erneut vier Menschen umgebracht. Die Gesamtzahl der inzwischen getöteten Afghanen, die gegen blasphemische Ausfälle europäischer Medien protestieren und den Abzug der ausländischen Truppen verlangen, beläuft sich inzwischen auf zehn. Durch die Kämpfe werden Exportgeschäfte deutscher Unternehmen gestört. Auch der in wenigen Tagen vorgesehene Einstand des deutschen Außenamtsdiplomaten Tom Koenigs in Kabul verspricht ungünstige Begleitumstände. Die westliche Militärpolitik schwankt zwischen Konsolidierung (Afghanistan, Irak) und Eskalation (Iran, Syrien), um die islamisch geprägte Ressourcenregion unter Kontrolle zu bringen.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56238>

14.02.2006 - New Sudan

BERLIN/JUBA/KHARTUM (Eigener Bericht) - Bei ihren Bemühungen um Abspaltung des Südsudan findet die dortige Regionalverwaltung in Berlin Unterstützung und entsendet heute eine Ministerin zu Verhandlungen in die deutsche Hauptstadt. Gesprächspartner sind das Auswärtige Amt und deutsche Firmenvertreter, die der "Afrika Verein" betreut. Der Südsudan verfügt über bedeutende Rohstoffvorkommen (Erdöl, Gold), deren Verkauf an ausländische Konzessionäre die geplante Abspaltung finanzieren soll; um entsprechende Infrastrukturmaßnahmen kümmert sich ein deutsch geführtes Konsortium. Die Zerstörung der staatlichen Einheit liegt im Interesse internationaler Rohstoffinteressenten und wird deswegen durch Druck auf die sudanesischen Zentralregierung in Khartum gefördert. Bundeswehrosoldaten sind im Süden des Landes als "Militärbeobachter" aktiv und haben bereits afrikanische Truppen nach Darfur verbracht; die USA verlangen seit neuestem den Einmarsch einer "kleinen Anzahl" von Bodentruppen. Wie in früheren Kolonialzeiten folgen dem Militär kirchliche Organisationen. So intensiviert die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ihre Einflussarbeit in den sezeptionswilligen Landesteilen des Sudan. Der EKD-Ratsvorsitzende Wolfgang Huber verlangt, Deutschland müsse "eine neue, stärkere Rolle in Afrika spielen". Die Berliner Bemühungen um eine führende Position werden im

Sudan auf allen Ebenen ausgeweitet.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56243>

17.02.2006 - Klassenverweis

BERLIN/WIEN (Eigener Bericht) - Deutsche Regierungsberater drohen Frankreich und den Niederlanden mit einem Ausschluss aus der Europäischen Union. Man dürfe die "schmerzhafte Prozedur" eines "Klassenverweises" für "nicht ratifizierungswillige(...) Staaten" nicht ausschließen, kündigt die Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) den europäischen Gegnern einer Neuauflage des EU-Verfassungsentwurfs an. Deutsche Pläne sehen vor, das Dokument erst durch die österreichische und dann durch die finnische EU-Ratspräsidentschaft erneut auf die Tagesordnung setzen zu lassen, um während des deutschen EU-Vorsitzes im ersten Halbjahr 2007 eine Verabschiedung einzuleiten. Erst "am Ende des Ratifikationsprozesses" werde man wissen, "ob sich neue Chancen für eine friedliche Koexistenz mehrerer Integrationsmodelle ergeben", heißt es bei der SWP. Die implizite Drohung wiederholt ähnliche Provokationen aus den 1990er Jahren, als die deutsche Europa-Politik französische Widerstände aus dem Wege räumen wollte; nicht anders als damals geht es auch heute um den führenden Rang im innereuropäischen Konkurrenzkampf.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56248>

20.02.2006 - Geschlossener Kreis

BEIJING/NEW DELHI/BERLIN/PARIS (Eigener Bericht) - In einem Wettlauf um wirtschaftspolitische Einflusspositionen sind der deutsche Außenminister und der französische Staatspräsident in Asien unterwegs. Frank-Walter Steinmeier trifft heute von Seoul aus in Tokio ein, um am Mittwoch nach Beijing weiterzureisen. Jacques Chirac führt seit gestern in Indien Gespräche. Bei den Verhandlungen geht es sowohl Berlin als auch Paris um die Sicherung und den Ausbau von Konkurrenzvorteilen. Der deutsche Außenminister, der von Repräsentanten exportorientierter Unternehmen begleitet wird, will neben wirtschaftlichen Vereinbarungen eine zukünftige deutsche Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat behandeln. Obwohl Steinmeier und Chirac ihre geostrategischen Vorhaben an nationalen Interessen ausrichten und nach jeweils eigenen Plänen vorgehen, eint beide ein gemeinsames Ziel: "Eindämmung" der Volksrepublik China. Nach Steinmeier und Chirac wird US-Präsident Bush Asien bereisen und die Zernierung Beijings vorantreiben.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56250>

05.03.2006 - Zielradius bis Beijing

NEW DELHI/BERLIN/HANNOVER (Eigener Bericht) - Die militärische Aufrüstung Indiens durch die USA will Berlin mit wirtschaftspolitischen Offensiven beantworten und den deutschen Einfluss in New Delhi deutlicher zur Geltung bringen. US-Präsident Bush hatte in den vergangenen Tagen angekündigt, Indiens

Nuklearpotential stärken zu wollen, und entsprechende Lieferungen aus den USA zugesagt. Die Angebote richten sich gegen die Volksrepublik China. Um die kommende Front im chinesischen Vorfeld besser zu besetzen, entsendet das Auswärtige Amt einen Diplomaten aus dem engeren Berliner Machtzirkel als neuen Botschafter in die indische Hauptstadt. Im April wird Bundeskanzlerin Merkel an einem deutsch-indischen Wirtschaftstreffen teilnehmen und sich persönlich für die weitere Intensivierung der Handelsbeziehungen einsetzen, die in den nächsten Jahren dramatisch ausgeweitet werden sollen. Berlin hat bereits im Jahr 2000 eine "Agenda für die deutsch-indische Partnerschaft im 21. Jahrhundert" ausgerufen, will seinen eigenen Einfluss auf dem Subkontinent ausbauen und beobachtet die Annäherung zwischen Indien und den USA seit geraumer Zeit mit Skepsis.
Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56269>

08.03.2006 - Freiheit und Demokratie

BERLIN/KABUL/PRISTINA/WASHINGTON (Eigener Bericht) - Am heutigen Mittwoch beginnt in Berlin eine mehrtägige Konferenz über Methoden "internationaler Demokratieförderung". Unter dieser Bezeichnung wollen Spezialisten aus den USA und der Bundesrepublik Perspektiven ihrer Interventionen in Afghanistan, im Nahen Osten und in Afrika abgleichen. Die Finanzierung des Treffens übernehmen die Heinrich-Böll-Stiftung, die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) sowie der "Deutschlandfunk". Neben NATO-Vertretern werden auch Sprecher der Gefolgschaftsstaaten angekündigt, so aus Georgien, Bulgarien, aus dem Kaukasus und Afghanistan. Zu den weiteren Teilnehmern gehören international bekannte Vordenker der zivil-militärischen Umsturzpolitik. So tritt auf Einladung der Böll-Stiftung u.a. ein Mitglied der RAND Corporation auf, die sich bei offenen wie verdeckten Interventionen im Kalten Krieg einen Namen machte. RAND profitiert bis heute von milliardenschweren Aufträgen der westlichen Rüstungsindustrie. Die jetzt in Berlin erörterte "internationale Demokratieförderung" setzt Praktiken aus der Zeit des Systemkampfes und des Vietnam-Krieges fort. Bei den damaligen Aktionen wurde auch Heinrich Böll, der Namensgeber der gleichnamigen deutschen Stiftung, von einem ausländischen Geheimdienst eingesetzt, heißt es in US-Dokumenten.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56275>

13.03.2006 - Eins zu zehn

FRANKFURT AM MAIN/BERLIN/NOUAKCHOTT (Eigener Bericht) - Nach den jüngsten Flüchtlingskatastrophen vor der westafrikanischen Küste willigt Mauretanien in die Errichtung von Internierungslagern ein. In den vergangenen Tagen starben mindestens 45 Menschen bei dem Versuch, EU-Territorium auf den Kanarischen Inseln zu erreichen. Die Lager entstehen auf Druck der deutsch inspirierten EU-Politik zur Abwehr von Armutsströmen aus Afrika. Um weitere Fluchtbewegungen zu unterbinden, hat sich Mauretanien bereit erklärt, die von Berlin und Brüssel

geforderte Sicherung seiner Außengrenzen zu intensivieren. Damit erreicht die hochtechnologisierte Abschottung der EU gegen die westafrikanischen Küstenstaaten ihren vorläufigen geographischen Endpunkt im Westen des Kontinents. Zugleich verschärft die Bundesregierung das sogenannte Zuwanderungsgesetz und erleichtert damit erneut die Abschottung des eigenen Territoriums zu Lasten der angrenzenden Transitstaaten. Die deutsche Politik zielt auf eine praktisch flüchtlingsfreie "Insellage" mitten in Europa und delegiert den Flüchtlingsschutz an die Länder entlang der EU-Außengrenzen, erklärt der Europaspriecher von Pro Asyl, Karl Kopp, im Gespräch mit dieser Redaktion. Das Bundesinnenministerium bestätigt diese Entwicklung: Die Zahl der anerkannten Asylbewerber tendiert inzwischen gegen Null.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56280>

16.03.2006 - Übernahmefieber

BERLIN/PARIS/WARSZAWA (Eigener Bericht) - Deutsche Unternehmen planen in großem Maßstab Expansionsprojekte in Frankreich. Die Deutsche Börse will mit der Vierländerbörse Euronext fusionieren, an der Paris beteiligt ist, und dabei die Führungsposition übernehmen. Der Axel Springer-Verlag plant die Herausgabe eines französischen Massenblattes nach dem Vorbild der deutschen "Bild"-Zeitung, die über großen Einfluss verfügt. Die französische Regierung beantwortet ausländische Übernahmeversuche in mehreren Branchen mit dramatischen Konsolidierungsmaßnahmen, gegen die in der deutschen Öffentlichkeit auf breiter Front mobilisiert wird. Verweise auf den Beginn des Ersten Weltkriegs machen in der deutschen Presse die Runde. Auftrumpfende Bespiegelungen ("neues deutsches Selbstbewusstsein") ergänzen die Übernahmepolitik, die ernste Unstimmigkeiten zwischen Berlin und Paris hervorruft.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56286>

Kurznachricht: Idealistisch

Das deutsche Militär beklagt die mangelnde Kriegsbereitschaft der deutschen Bevölkerung und verstärkt die zivil-militärische Kooperation. <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56283>

27.03.2006 - Deutsche Industrienorm (DIN)

BERLIN/MOSKAU/BEIJING (Eigener Bericht) - Die Deutsche Bahn AG und die Russischen Eisenbahnen (RZD) bauen die gemeinsame Expansion in Richtung China aus. Das Joint Venture ("EurasiaRailLogistics") soll den schienengebundenen Frachtverkehr nach Fernost binnen weniger Jahre auf 400 Tausend Tonnen steigern. Ziel ist es, die deutsche Position als einer der wichtigsten Handelspartner Beijings logistisch auszubauen. Das staatliche deutsche Bahnunternehmen übernimmt gleichzeitig die innerussische Führung bei "ingenieurtechnischen Dienstleistungen" für mehrere tausend Kilometer Hochgeschwindigkeitstrassen. Die entsprechenden Züge liefert Siemens.

Die Angleichung an deutsche Organisationsmuster im Bahnwesen melden auch die Türkischen und Griechischen Eisenbahnverwaltungen. Berlin entwirft eine völlige Vereinheitlichung der europäischen und transasiatischen Schienenlogistik nach deutschem Masterplan und schlägt die konkurrierenden Bahnunternehmen der westlichen Nachbarländer weit ab. Das deutsche Expansionskonzept im Schienensegment folgt dem ständig größer werdenden Exportbedarf der Bundesrepublik und ist Teil der industriellen Gesamtrationalisierung des Kontinents. Sie wird maßgeblich von Berlin betrieben.
Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56297>

29.03.2006 - Faustpfand

BERLIN/TEHERAN/BAGDAD (Eigener Bericht) - Mit einem Außenministertreffen in der deutschen Hauptstadt will die Bundesregierung am morgigen Donnerstag ihre Rolle im Streit um das iranische Atomprogramm aufwerten. Die USA hatten versucht, Berlin auszubooten, um freie Hand für zügige Strafaktionen gegen Teheran zu erhalten - vergeblich. Daraufhin kam es am Wochenanfang zu einem Treffen zwischen Bundeskanzlerin Merkel sowie Außenminister Steinmeier und dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde, Mohammed El Baradei. Die deutsche Seite machte nationale Belange bei zukünftigen Sanktionen gegen Teheran geltend. Auch Bundeswirtschaftsminister Michael Glos war an den Gesprächen beteiligt. Deutschland ist Irans bedeutendstes Lieferland und nimmt daher bei der Verhängung von Strafmaßnahmen eine Schlüsselrolle ein. Sanktionen würden dem europäischen Außenhandel "großen Schaden zufügen", aber "(n)icht der US-Wirtschaft, die ja nur einen geringen Teil ihres Ölbedarfs aus dieser Region bezieht", urteilt der Iran-Spezialist Bahman Nirumand im Gespräch mit [german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com). Sollte Teheran angegriffen werden, rechnet Nirumand mit einem "Flächenbrand in der gesamten Region".
Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56301>

20.04.2006 - Hilferuf

LONDON/BERLIN/NEW YORK (Eigener Bericht) - In einem dringenden Appell bitten britische Konservative die USA um Hilfe gegen das deutsche Vormachtstreben und die EU. Berlin habe seinen politischen Einfluss "dramatisch gesteigert" und werde auch unter der CDU-Kanzlerin von den hegemonialen Zielen seiner Außenpolitik nicht ablassen, warnt der Londoner Parlamentsabgeordnete Bill Cash. Cash wirft Washington vor, einem "strategischen Irrtum" verfallen zu sein, indem es die europäische Integration stütze, statt gegen die kontinentale Ausweitung der deutschen Wirtschaftsmacht aktiv vorzugehen. Die stillschweigende Flankierung der Berliner "Realpolitik" schade sowohl nordamerikanischen wie britischen Interessen und müsse korrigiert werden, verlangt Cash in einem Positionspapier, das er US-Abgeordneten Anfang April vorlegte. Cash erinnert seine Gesprächspartner an die militärpolitische Verflechtung beider Staaten und hebt die

wirtschaftliche Bedeutung der "transatlantischen Sonderbeziehungen" zwischen Großbritannien und den USA hervor. Das Memorandum erscheint zum Zeitpunkt eines Übernahmekampfes um die Londoner Stock Exchange (LSE), deren Kauf durch die Frankfurter Börse im vergangenen Jahr am Einspruch internationaler Investmentfirmen scheiterte. Dieselben Kreise bemühen sich seit vergangener Woche, den britischen Finanzplatz neuerlichen deutschen Zugriffen zu entziehen - statt von der Frankfurter Börse soll die Londoner Stock Exchange jetzt von New York übernommen werden. Die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen führen zu einer zunehmenden Ausdifferenzierung des westlichen Staatenlagers. Nach Auffassung britischer Konservativer ist ein engerer Schulterschluss mit Washington dringend geboten, um der deutschen Konkurrenz die Stirn zu bieten.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56321>

23.04.2006 - Abwehrschlacht

BERLIN/PARIS (Eigener Bericht) - Mit umfangreichen Maßnahmen in der Finanz- und Rüstungsbranche sucht Paris die Unterstellung bedeutender französischer Konzerne unter deutsche Kontrolle zu verhindern. Nachdem die Übernahme des Rüstungsunternehmens Thales durch die deutsch-französische EADS in letzter Minute abgewehrt werden konnte, stärkt die französische Regierung ihre Positionen auch innerhalb von EADS und sucht sich damit gegen deutsche Einflussoffensiven zu behaupten. Zugleich arbeiten Finanzkreise in der französischen Hauptstadt darauf hin, eine Fusion der von Paris dominierten Vier-Länder-Börse Euronext mit der Deutschen Börse sowie den Umzug des Firmensitzes an den deutschen Börsenplatz Frankfurt am Main unmöglich zu machen. Die nächste Etappe der deutschen Wirtschaftsoffensive steht bereits bevor: Der Einstieg der Deutschen Bahn AG bei der Betreibergesellschaft des französischen Hochgeschwindigkeitszuges.

Mehr <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/56328>

Exemplarischer vollständiger newsletter vom 26.04.2006 Kontinuitäten

TOMSK/MOSKAU/BERLIN

(Eigener Bericht) - Vor dem Hintergrund sich verschärfender Auseinandersetzungen um die russischen Energieressourcen trifft Bundeskanzlerin Merkel am heutigen Mittwoch mit Staatspräsident Putin zusammen. Ort der zweitägigen deutsch-russischen Regierungskonsultationen ist Tomsk, eine Stadt in Westsibirien und damit in demjenigen Teil Russlands, auf dessen Öl- und Gasvorkommen Deutschland und die EU exklusive Ansprüche anmelden. Während der bilateralen Verhandlungen, an denen zahlreiche Mitglieder beider Regierungen sowie Vorstandsvertreter bedeutender Unternehmen teilnehmen, soll der Abschluss mehrerer großdimensionierter Wirtschaftsprojekte bekannt gegeben werden, um die Dichte der deutsch-russischen Zusammenarbeit formell zu bestätigen. Zugleich ist in Berliner Regierungskreisen von einer "neuen Ostpolitik" die Rede, die Angela Merkel im Mai in einer Regierungserklärung ankündigen wird. Kern sind Pläne Berlins und Brüssels, die eigenen Machtpositionen im Kaukasus (Georgien, Armenien, Aserbaidschan) auszubauen und damit den russischen Rohstofflieferanten in seinem unmittelbaren Einflussgebiet in die Defensive zu drängen.

Neue Rekorde

Die Regierungskonsultationen in Tomsk folgen einem deutsch-russischen Wirtschaftstag, den Wirtschaftsminister Glos und Vize-Premierminister Medwedjew am Montag in Hannover eröffneten. Dort wurden neue Rekorde des deutsch-russischen Handels vermeldet, der 2005 ein Volumen von rund 39 Milliarden Euro erreichte und damit den Wert des Vorjahres um 25 Prozent übertraf.[1] Deutschland ist Russlands größter Außenhandelspartner und findet in dem Land seinen derzeit am schnellsten wachsenden Auslandsmarkt, wurde in Hannover berichtet. Zudem sei in Russland in den nächsten Jahren mit deutschen Investitionen in Höhe von zwei Milliarden Euro zu rechnen. Allein VW will in einem Moskauer Vorort für mehr als 300 Millionen Euro ein Automobilwerk errichten, um seinen russischen Marktanteil von zwei auf zehn Prozent auszubauen. Siemens entsendet am heutigen Mittwoch ein Vorstandsmitglied nach Tomsk und erwartet dort die Unterzeichnung eines Liefervertrages für acht Hochgeschwindigkeitszüge - Preis: 200 Millionen Euro plus 200 Millionen Euro für Serviceleistungen.[2]

Keine Abstriche

Deutsche Wirtschaftsvertreter sind mit der politischen Flankierung ihrer Russland-Geschäfte zufrieden. "Wir haben (...) vor dem Regierungswechsel gesagt, wir hätten gerne Kontinuität", berichtet der Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Klaus Mangold: "Ich sehe zur Zeit keine Abstriche an dieser Kontinuität." [3] Tatsächlich kooperiert auch die konservativ geführte Bundesregierung eng mit Moskau, hält unter anderem an milliardenschweren Vorhaben im Flugzeugbau fest und bezieht dabei ausdrücklich militärische Projekte mit ein. Der deutsche EADS-Co-Vorsitzende wird in Tomsk über die weitere Zusammenarbeit mit Russland verhandeln, der deutsche Leiter der EADS-Rüstungssparte wird die Gespräche Mitte Mai in Berlin auf einer Konferenz mit dem Titel "Deutsch-Russische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Flugzeugbaus" fortsetzen.[4] An die militärpolitische Dimension früherer Phasen der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Moskau, die Deutschland half, seinen nationalen Handlungsspielraum unter Umgehung des Versailler Friedensvertrages zu erweitern, erinnert auch der Ort der aktuellen Regierungskonsultationen. In Tomsk kooperierte die Reichswehr von 1926 bis 1931 mit der sowjetischen Armee - bei Maßnahmen zur Weiterentwicklung und zur Ausbildung im Bereich der chemischen Kriegführung.

Westsibirien

Als Mittelpunkt der Tomsker Verhandlungen gelten Gespräche über die Förderung und die Lieferung russischer Energieressourcen. Der Ort der Regierungskonsultationen hat symbolische Bedeutung: In der Oblast Tomsk liegen nicht nur mehr als die Hälfte der russischen Eisenerzvorräte, sondern auch umfangreiche Erdöl- und Erdgasvorkommen. Auf die westsibirischen Energierohstoffe melden Deutschland und die EU exklusive Ansprüche an. Berlin ist es gelungen, sich mit dem Bau der Ostsee-Pipeline [5] unmittelbare Kontrolle über die Lieferlogistik westsibirischen Erdgases zu verschaffen. Die deutschen Unternehmen Wintershall (BASF) und Eon kooperieren eng mit dem Energieriesen Gazprom und sollen in Tomsk direkten Zugriff auf ein weiteres westsibirisches Gasfeld (Juschno Russkoje) erhalten.[6] Dies gilt in Berlin als wichtig, da Moskau nicht länger bereit ist, seine westsibirischen Bodenschätze nur nach Europa zu verkaufen und geplante Lieferungen nach Ostasien ausschließlich aus ostsibirischen Vorkommen zu tätigen. In Kürze soll mit dem Bau einer Pipeline aus Westsibirien in die Volksrepublik China begonnen werden.

Eng

Deutsche Regierungsberater sehen dem mit Sorge entgegen. Selbst bei stark zunehmenden Erdgasimporten aus Nordafrika, dem Mittleren Osten und dem Gebiet rings um das Kaspische Meer müsse Europa wegen des steigenden Verbrauchs seine Einfuhren aus Russland um mehr als

die Hälfte steigern, berichtet die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).[7] Sollte Beijing tatsächlich aus den westsibirischen Feldern bedient werden, die Berlin und Brüssel für den eigenen Bedarf beanspruchen, könne es "eng werden", heißt es in der deutschen Hauptstadt. Als Ausweg gelten allenfalls die Einführung energiesparender Technologien in Russland selbst (Umweltminister Gabriel nimmt an den Tomsker Verhandlungen teil) sowie eine rasche Ausweitung der westsibirischen Fördertätigkeit mit Hilfe ausländischer Investitionen (Eon und Wintershall kämen hierfür in Frage). Zusätzlich sucht die Bundesregierung den Kreml wirtschaftlich und politisch möglichst eng an Deutschland anzubinden. Bei den heute beginnenden Regierungskonsultationen steht auch eine deutsche Staatsgarantie für einen Milliardenkredit auf der Tagesordnung, den der russische Gasmonopolist Gazprom von der Deutschen Bank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau erhalten könnte.

Neue Ostpolitik

Wegen der starken Rohstoffabhängigkeiten versucht Berlin, an den Flanken der russischen Ressourcengebiete die eigene Position auszubauen und Moskau in die Defensive zu drängen. Wie Regierungskreise verlauten lassen, wird Bundeskanzlerin Merkel im Mai in einer Regierungserklärung eine Stärkung des deutschen Einflusses im Kaukasus ankündigen. Damit knüpft die Bundesregierung an alte Traditionen deutscher Ostpolitik an, die in beiden Weltkriegen Ziele im Süden Russlands bzw. der Sowjetunion verfolgte und dabei unter anderem eng mit Georgien kooperierte.[8] Angestrebt wurde damals ein verbesserter Zugang zu den mittelöstlichen Rohstoffgebieten. Heute ist der Kaukasus vor allem als Landbrücke zu den Ressourcen des Iran und des Gebietes rund um das Kaspische Meer vorgesehen und Ausführungsort unterschiedlicher westlicher Pipeline-Vorhaben. Dabei erstrecken sich die deutschen Einflussmaßnahmen nicht nur auf die Staaten des südlichen Kaukasus, sondern beziehen auch russisches Hoheitsgebiet mit ein. Berliner Regierungskreise bedienen sich regelmäßig der Deutsch-Kaukasischen Gesellschaft (DKG), die so genannte Minister der illegalen tschetschenischen Untergrundregierung zu ihren Mitgliedern zählt.[9] Erst im Januar hielt sich der deutsche Vizepräsident der Europäischen Kommission, Günter Verheugen (SPD), zu Gesprächen bei der DKG auf. Im Februar nahm der DKG-Vorsitzende an einer hochrangigen Konferenz der Regierungspartei CDU teil. Dort traf er zu einem persönlichen Gespräch mit Bundeskanzlerin Merkel zusammen.

Lesen Sie mehr zur Entwicklung der deutsch-russischen Energiepolitik: E.on: Monopolstellung notwendig für Zugriff auf "fremde Quellen", Strategische Projekte (II), De-facto-Achse, Politisches Geschäft und Interessenkonflikte sowie Energie für Deutschland (II)

[1] s. auch Unbeherrschbar und Vertiefte Kooperation sowie Verankerung

[2] s. dazu Deutsche Industrienorm (DIN)

[3] Mangold sieht Kontinuität in deutsch-russischen Beziehungen; AP 20.04.2006. S. auch Verteilte Rollen und Maßgebliche Rolle

[4] s. dazu Zivile Gesellschaft und unser EXTRA-Dossier Drehkreuz Leipzig

[5] s. dazu Erdgasgürtel

[6] s. dazu BASF: Zugriff auf die größten Energiereserven der Welt und Östliche Achse

[7] Europa und China im Wettstreit um Russlands Erdgas?; SWP-Aktuell 18, April 2006

[8] s. dazu Keine Großmachtspiele! und Bitte um Eingliederung sowie In neuen Grenzen

[9] Lesen Sie zur deutschen Tschetschenien-Politik und ihren Kontinuitäten: Deutsche Tschetschenen, Modell Kosovo und Tschetschenische Karte sowie "Russland wird Tschetschenien verlieren"

Preis 2,- €